

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 2

Artikel: Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa : ein gescheitertes Programm
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340586>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

und überprüfen, inwieweit der Wunsch nach mehr Freizeit überhaupt realisierbar ist. Nach Berechnungen des eidgenössischen statistischen Amtes und der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute wird angenommen, dass die Arbeitsproduktivität bis zum Jahr 2000 jährlich um 2,5 Prozent wachsen wird. Demnach könnte also jeder in der Schweiz lebende Mensch bis zum Jahr 2000 38,4 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen konsumieren als heute. Wenn wir nach dem Börsenkrach etwas vorsichtiger werden und diese Produktivitätsprognosen etwas nach un-

ten korrigieren, etwa auf 2 Prozent oder gar auf 1,5 Prozent, so haben wir immer noch eine ganz erstaunliche Zunahme des Güterhaufens, nämlich um 29,7 Prozent bzw. 21,5 Prozent.

Würden wir nun statt dessen den ganzen Produktivitätsfortschritt in die Reduktion der Arbeitszeit investieren, so hätten wir bei einem Produktivitätswachstum von 2,5 Prozent noch ganze 31 Stunden zu arbeiten. Bei 2 Prozent wären es 33 Stunden, und im schlechtesten Fall, bei 1,5 Prozent Produktivitätsfortschritt, wäre die 35-Stunden-Woche verwirklicht, wohlverstanden: bei glei-

chem Lohn wie heute und ohne dass sich für die Wirtschaft irgendwelche Nachteile ergäben. Natürlich müssen wir nicht so weit gehen und alles nur auf die verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung setzen. Wir können auch im Sinne meiner Ausführungen einen vernünftigen Kompromiss machen zwischen den verschiedenen Zielen, die zu einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik gehören. Die Menschheit hat noch nie so phantastische technische Möglichkeiten gehabt wie heute. Es ist höchste Zeit, dass wir lernen, sie sinnvoll zu nutzen.

Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa

Ein gescheitertes Programm

Von Beat Kappeler

Mitten im Kampf fiel den Sozialdemokraten und Gewerkschaften Europas das Schwert aus der Hand. Ihre Vollbeschäftigungsrezepte, wie staatliches Eingreifen in Ausgabenströme, Geldwesen und Lohnentwicklung, scheiterten unter dem Regime hoher Zinsen notwendigerweise. Diesen Schluss zieht Fritz W. Scharpf², neuer Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts, in einer gescheiterten Studie über «Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa». Damit ist aber mehr verloren als nur eine Variante der Wirtschaftspolitik. Denn die sozialdemokratische Vollbeschäftigungspolitik setzte die Empfehlungen des Bändigers der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre, John M. Keynes, in die Tat um und erreichte eine sozialere Politik, ohne das

Wirtschaftssystem umzukrempeln – einen «Klassenkompromiss», wie ultralinker Jargon schon immer argwöhnte. Mit Keynes gewannen die Konzepte der Sozialdemokraten jene «hegemoniale Plausibilität», weshalb sie auch in den Programmen bürgerlicher Parteien Europas schlicht nicht mehr wegzudenken waren.

Scharpf geht vier sozialdemokratisch-gewerkschaftlich dominierten Epochen in England, Schweden, Österreich und der Bundesrepublik im Detail nach, um zu belegen, dass künftig alles anders sein muss. Denn die Macht ist fast überall wieder verlorengegangen, die Aussicht auf noch höhere Staatskompetenzen und -ausgaben schreckt den Wähler ab, der «sozialdemokratische Konsens» bindet keine Bürgerlichen mehr ein.

Dabei waren die Linken in der besonderen Lage, einen ausgesprochen umfassenden und da-

her wirksamen Keynesianismus anbieten zu können. Dessen normale Instrumente sind von seiten der Geldpolitik eine flüssige Geldversorgung, günstige Zinsen. Von seiten der Finanzpolitik des Staates braucht es Ausgabenstimulierung, Kaufkraftschaffung. Wenn aber mit der Lohnpolitik gleichzeitig falsch gefahren wird, kann die Feinsteuerung scheitern – Löhne sind nämlich nicht nur Nachfrageimpuls auf den Märkten, sondern auch Kostenelement für die Firmen. Nur Regierungen, welche diese Lohnpolitik als richtige Würze beimischen konnten, gewannen ihr Rennen beim Wähler, und nur unter sozialdemokratischen Regierungen kann überhaupt auf ein Mitmachen der Gewerkschaften gesetzt werden.

Scharpf zeigt, dass beispielsweise gegen Arbeitslosigkeit durch Nachfragemangel durchwegs Gas gegeben wer-

² Fritz W. Scharpf, «Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa», Campus Verlag, Frankfurt 1987

den darf. Die Geldmenge ausdehnen, Zinsen senken, Staatsausgaben steigern und gute Löhne zahlen – das gibt einen Wachstumsschub, der den Firmen Lohnspielraum und der Volkswirtschaft genügend Geld für steigende öffentliche Leistungen sichert.

«Arbeitsplatzmangel-Arbeitslosigkeit» hingegen braucht nach Scharpf andere Rezepte, weil sie etwa aus zu hoher Kostensteigerung, aus dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit herrührt. Expansive Geld- und Finanzpolitik nützen hier nur, wenn die Kosten die Preise nicht überholen, wenn also in der Lohnpolitik vorübergehend zumindest gebremst werden kann. Insbesondere im Stagflations-Umfeld der siebziger Jahre «bietet eine restriktive Lohnpolitik die andernfalls unerreichbare Chance, mit ein und derselben Strategie zugleich den Anstieg der binnenwirtschaftlichen Nachfrage zu dämpfen und die Kostenbelastung der Unternehmen zu verhindern».

Diese Chance nutzten die sozialdemokratischen Regierungen der vier untersuchten Länder mit wechselndem Glück. Sie brauchten dazu als Verhandlungspartner, sozusagen als stille (stillhaltende) Gesellschafter, starke, zentral verhandelnde Gewerkschaften. In Schweden, Österreich, England und Deutschland spielte diese Disziplin. Scharpf zieht den überraschenden Schluss, dass gerade diese vorgeplanten Reallohnverluste die Stärke und nicht die Schwäche dieser Gewerkschaften zeigten. In gewerkschaftlich zersplitterten Strukturen hätte diese «Selbstausbeutung» nie durchgezogen werden können, weil die Konkurrenz der Verbände und wilde Lohnsteigerungen in nicht-organisierten Branchen oder Stellen solche Zurückhaltung unterlaufen hätten. Für Schwe-

den und Österreich belegt die Studie überzeugende Resultate dieser gewerkschaftlichen Opferpolitik.

Gescheitert sind die Programme dennoch aus innern wie äussern Gründen. Innenpolitisch lässt sich «Mässigung» auf die Dauer nicht verkaufen, und in allen Ländern wurde die zentral zugesicherte Lohnzurückhaltung mit der Zeit unterlaufen oder aufgekündigt. Vor allem in England unter James Callaghan, dann aber auch im heissen Frühling 1980 in Schweden scheren die Teilgewerkschaften und ihre Basis aus. Der Keynesianismus musste allein mit den klassischen Instrumenten staatlicher Geld- und Budgetpolitik weiterhinken. Österreich und Schweden aber erlebten auch von aussen ruinöse Gefahren. Beide Länder hatten ihre starken Grundstoffindustrien nach der ersten Ölkrise gepuscht, um im Lageraufbauieber der Weltindustrie mitliefern zu können – zu den bekannt guten Preisen von damals. Nach dem zweiten Ölschock und den hohen Zinsen fiel dieser Lagerzyklus aber zusammen. Schweden reformierte seine Industrie relativ rasch, stellte Stahlwerke und Minen ein, baute Werften ab, während Österreich sie durchsubventionierte. Auch Frankreichs Giscard d'Estaing verstand den Keynesianismus als Subventionsrezept für überalterte Branchen, die ihn beerbenden Sozialisten ebenfalls – für ein gutes Jahr. Dann kam das Ende der Illusionen.

Von aussen aber kam die für alle keynesianischen Strategien noch viel bedrohlichere Schockwelle – hohe Realzinsen. Die massgebenden Regierungen der westlichen Welt hatten sich im Kampf gegen Inflation und Rohstoffhauss zum Monetarismus und zur Angebotspolitik umstimmen lassen. Hohe Realzinsen und

wenig Regierungsintervention, versüsst mit tieferen Firmensteuern, hiessen jetzt die Instrumente. Mit Gewerkschaften sprach man schon gar nicht mehr. Das hätte ein sozialdemokratisch regiertes Land früher nicht berührt. Seine Zins-, Geld- und Ausgabenpolitik wäre autonom festgelegt und allenfalls durch Wechselkursanpassungen gegen aussen gemanagt worden. Typisch dafür ist das Eingeständnis Verantwortlicher aus Österreichs Notenbank, wonach sie mit der Geldpolitik das finanziert hätten, was die Sozialpartner ausgemacht hatten.

Heute aber sind Geld- und Kapitalmärkte weltweit vernetzt, dereguliert. Bietet ein grosses Land konstant hohe Realzinsen an, haut das Kapital ab aus jedem Land, das billiges Geld praktiziert. Wenn auf diesen Kapitalmärkten mit hohen Realzinsen überdies Regierungspapiere als Anlagemedium massenhaft zu haben sind, ist an eine autonome Vollbeschäftigungspolitik à la Keynes in andern Ländern nicht mehr zu denken. Die Kommunikationstechniken, Banknetze und Euromärkte zogen kommunizierenden Röhren gleich die Renditen weltweit hoch, die man für den Verbleib von Kapital anzudienen hatte. Damit wurde der Renditedruck aber nicht nur auf die verschiedenen Kapitalmärkte weitergereicht, sondern auch von den Geldanlageformen auf produktive Anlagen übertragen. Auch eine Investition in Industrie und Dienstleistungsfirmen musste die anderswo erzielbare Realrendite erbringen.

Scharpf ist frei von Rührung: Die linke keynesianische Politik hat diese Schlacht verloren. Ein Triumph der Angebotspolitik ist aber fehl am Platz, denn es hatten «Sozialdemokraten und Gewerkschaften recht mit ihren Protesten gegen

die pauschalen Schuldzuweisungen der Angebotsökonomien, in denen die Investitions- und Beschäftigungsschwäche der europäischen Volkswirtschaften umstandslos auf die zu hohe Belastung der Unternehmen durch Löhne, Lohnnebenkosten und Steuern zurückgeführt wurde». Die Krise hatte selbsttätig die Gewinne reduziert, und diese stiessen an der nun viel höheren Messlatte erzielbarer Realzinsen auf reinen Finanzanlagen an. Da nützt auch eine entbehrungsreiche Lohnpolitik nichts mehr, und Scharpf findet, die Arbeitnehmer der vier untersuchten Länder hätten insgesamt weniger profitiert als ihre Kollegen in den konservativ regierten Ländern mit weniger eingebundenen oder organisatorisch weniger zusammengefassten Gewerkschaften (Japan, Schweiz, USA).

Ironischerweise ist das amerikanische Beschäftigungswunder «eher der expansiven Regierungspolitik als der Lohnzurückhaltung der amerikanischen Arbeitnehmer zuzuschreiben», meint Scharpf an die Adresse der Angebotstheoretiker und auch an jene der europäischen Keynesianer. Daraus darf abgeleitet werden, lieber roher staatlicher Ankurbelungs-Keynesianismus als einer mit zentral ausgemachter Lohnmässigung, die gar nicht mehr gross genug sein kann, um Firmengewinne auf Wertpapierrenditen zu hissen und so das Rad des Investierens anzudrehen.

Sozialdemokraten haben also tatsächlich ein wackelndes Schwert in der Hand. Aber die Helmzier der Reaganomics,

das flotte Rauschen der Wertpapiermärkte und ihrer Erträge, ist auch weg. Der Börsenkrach zerstörte Papiergewinne, und zur Kur werden jetzt weltweit die Realzinsen gesenkt. Allenfalls aufkeimende Inflation wird sie weiter drücken. Was nun?

Weltweit koordinierter Keynesianismus wäre eine Lösung, ähnlich dem Abkommen der grossen Fünf im Plaza-Hotel, das die Dollarkorrektur und indirekt auch die Börsen- und Zinskorrektur einleitete. Weltweit also einheitliche Finanzpolitik der Staatsbudgets, gleiche Brems- oder Gaspedale für Geldmenge und Zinsen könnten den Magnetismus des Welt-Anlagemarktes kontern. Daran zu glauben angesichts der auseinanderbrechenden Solidarität unter den Regierungen fällt allerdings schwer.

Wir haben aber Arbeitslose, die Strukturen krachen. Scharpf liebäugelt mit Gewinnelementen im Lohnsystem. Müssen die Löhne aus konjunkturellen Gründen einmal zurückstehen, um Gewinnen und Investitionen zu dienen, dann entschädigt der steigende Gewinnanteil die Belegschaften. «Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaften für die Veränderung der Vermögensverteilung ebenso hartnäckig gekämpft hätten wie für die Erhöhung der Arbeitnehmerinkommen und der Staatsquote», dann sähe Scharpf für sie weniger schwarz. Der englische Nobelpreisträger James E. Meade hält die Diversifizierung der Einkommensquellen in Lohn und Gewinnbeteiligung als Lösung der technischen Revolu-

tion, welche der Arbeit weniger, dem Kapitaleinsatz mehr Entlohnungschancen zuhält. Diese Gewinnbeteiligung hätte wohl über die Belegschaften als Verein oder Assoziierte zu erfolgen, nicht aber individuell wie in Japan.

Scharpf möchte überdies die Wirtschaftspolitik von der Volkswirtschaft auf die Betriebswirtschaft hinunterbringen. Staat und Partner sollen die Qualifikation der Leute heben, öffentliche Anreize zur Einstellung, zum Neubeginn geben, neue Produkte und Verfahren durchsetzen, die den Beschäftigten etwas bringen. Ferner soll über die Arbeitszeitverkürzung die Arbeit umverteilt werden, mit allen Lasten, die in Ländern mit Arbeitslosenheeren daraus entstehen, oder der öffentliche Sektor soll direkt Leute einstellen und Zusatzleistungen anbieten. Die keynesianische Kür mit Milliardenankurbelung und Lohnsteuerung soll einer Anerkennung der veränderten Rollen- und Tauschverhältnisse zwischen Arbeit, Kapital und Staat weichen. Dies ist nach Scharpf die Schicksalsfrage der Sozialdemokratie. Nach dem krachenden Scheitern der Reaganischen Angebotspolitik darf man vielleicht erwarten, dass sich auch dieses Lager auf die Ebene konkreter, an menschlichen und sozialen Bedürfnissen orientierter Wirtschaftsstärkung begibt. Falls die hohen Zinsen jetzt definitiv verschwinden, öffnet sich hier ein neuer Konsens zur Reorganisation der betrieblichen Wirtschaft um Mensch und Umwelt?